

Rechtspanorama am 19.09.2019:

---

## Im Bann des Brexit: Was hält die EU zusammen?

von Corina Kruesz

**Am Vorabend des 19. Österreichischen Europarechtstages fand im Rahmen der traditionellen Veranstaltungsreihe „Rechtspanorama“ eine Diskussionsveranstaltung zum derzeit allgegenwärtigen Thema „Im Bann des Brexit: Was hält die EU zusammen?“ an der WU Wien statt.**



Die brandaktuelle Diskussion über den Austritt Großbritanniens berührt Grundfragen der Europäischen Union und gestaltet sich zunehmend als Zerreißprobe. Gemäß einer aktuellen Studie empfinden bereits 35 % der Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs die Medienberichtserstattung im Zusammenhang mit dem Brexit als „unerträglich deprimierend“. Zudem konnten EU-skeptische Parteien bei der vergangenen Wahl zum EU-Parlament einen deutlichen Zuwachs

verzeichnen. Dies führt zwangsläufig zur Frage: Was hält die EU noch zusammen?

Zu dieser und weiteren brisanten Fragen bezogen folgende renommierte Expertinnen und Experten im voll besetzten Hörsaal Stellung:

- **Univ.-Prof. Dr. Stefan Griller**, Professor für Europarecht an der Universität Salzburg
- **Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer**, Studiendekan und Professor am Institut für Europarecht und Völkerrecht an der Universität Innsbruck
- **Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntischer Riekman**, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg
- **MMag. Gregor Schusterschitz**, Österreichischer Botschafter in Luxemburg
- **Prof. Dr. Melanie Sully**, britische Politologin, Leiterin des Instituts "Go-Governance" in Wien



Die Veranstaltung wurde in bewährter Manier von den juristischen Departments der WU Wien gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Presse“ und mit freundlicher Unterstützung durch den „Facultas Verlag“ organisiert. Moderiert wurde die Diskussion von **Mag. Benedikt Kommenda. Univ.-Prof. Dr. Erich Vranes, LL.M.**, Vorstand des Instituts für Europarecht und Internationales Recht der WU, hieß die Fachexpertinnen und Fachexperten an der WU herzlich willkommen.

## Zur Diskussion:

### Die Sonderrolle des Vereinigten Königreichs in der EU

Die wichtigsten rechtlichen Elemente, die die EU zusammenhalten, sind laut *Griller* die wirtschaftliche Integration (Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion), die Friedens- sowie die Wertedimension. In den letzten zwei bis drei Jahren habe der Europäische Gerichtshof in einer Reihe von spektakulären Urteilen insbesondere die große Bedeutung der Werteunion

betont. Ein wichtiger Anwendungsfall, der diesen Werten nicht nur theoretische, sondern auch praktische Relevanz verlieh, sei der Europäische Haftbefehl: Sind die gemeinsamen Werte in einem Staat, der um Auslieferung einer Person ansucht, gefährdet, darf dem Begehren nicht nachgekommen werden.

Das Vereinigte Königreich habe bei fast all diesen Aspekten stets eine Sonderrolle eingenommen. Beispielsweise habe Großbritannien von Beginn an nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilgenommen und im Vertrag von Lissabon einen Vorbehalt hinsichtlich der Europäischen Grundrechtecharta durchgesetzt. Rückblickend sei dies der Nukleus des Brexit gewesen, so *Griller*.

### No deal is better than a bad deal?

Botschafter *Schusterschitz* nahm an den schwierigen Verhandlungen für einen geregelten Austritt Großbritanniens teil und wies darauf hin, dass zukünftige Wendungen kaum prognostizierbar seien. Ein geregelter Austritt sei zwar „jedenfalls besser“, man bereite sich aber auch auf einen „Hard Brexit“ (*Anmerkung*: unregelmäßiger Austritt ohne Abkommen) vor. Ansonsten könnte dies etwa dazu führen, dass ein am 31. Oktober 2019 aufgrund eines britischen Haftbefehls in Österreich verhafteter Serienmörder am 1. November freigelassen werden müsste, weil dem Europäischen Haftbefehl keine Rechtsverbindlichkeit mehr zukommt. Solche zentralen Fragen werden im Austrittsabkommen geregelt, so *Schusterschitz*.

Durch den Brexit droht auch der Verlust einer Vielzahl von Rechten, die für die Mehrheit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger selbstverständlich geworden sind. Insgesamt seien rund drei Millionen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Großbritannien sowie rund eine Million britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der EU betroffen, so *Obwexer*. Das Abkommen würde all diese Personen absichern; realistischer sei jedoch das Szenario „no deal“. Allerdings habe man dieses Risiko insoweit abgedeckt, als dass bereits Begleitgesetze verabschiedet wurden, die die Betroffenen zumindest übergangsweise weiterhin schützen.

Eine Neuverhandlung des Abkommens bis 31. Oktober 2019 sei jedenfalls ausgeschlossen – die einzige Möglichkeit, einen unregelmäßigen Brexit zu verhindern, seien eine weitere Verschiebung des Austritts sowie Neuwahlen



im Vereinigten Königreich, so *Schusterschitz*. Letzteres Szenario halten *Obwexer* wie auch *Griller* für sehr wahrscheinlich.

## Britische Anarchie

*Sully* verwies auf die positiven Aspekte des Brexit: Noch nie zuvor waren insbesondere junge Menschen so sehr an Rechts- und Politikwissenschaften interessiert. Zudem werde vieles in Frage gestellt, was bisher als gegeben hingenommen wurde – es herrsche derzeit eine Art „Anarchiezustand“ in Großbritannien. Dies führe dazu, dass man „tiefer bohre“ und nunmehr auch Monarchen und Gerichte zum Politikgeschehen Stellung nehmen und erforderlichenfalls eingreifen.

## Brexit führte zu keinem „Schneeballeffekt“



Im Hinblick auf den aktuellen Stand des Zusammenhalts in der EU nach den vergangenen Wahlen zum EU-Parlament verwies *Puntcher-Riekmann* auf ein damit zusammenhängendes parteipolitisches Problem: Schon beim Vertrag von Maastricht machten politische Parteien EU-Skepsis zum Thema und auch das Brexit-Referendum wurde von politischen Akteuren initiiert. Einerseits sei es in einer Demokratie zwar legitim, ein Gegner der Europäischen Union zu sein, andererseits verändere sich dadurch die Form der Auseinandersetzung im EU-Parlament. Positiv sei jedoch, dass die Schlagkraft dieser Kräfte in Europa relativ gering sei, weil es sich um eine „brüchige Allianz“ handle. Die hohen Zustimmungsraten in Europa führen zudem zu Anpassungsprozessen innerhalb der EU-skeptischen Parteien – „Exit“-Strategien werden kaum noch vertreten. Dies führte *Puntcher-Riekmann* darauf zurück, dass die Bevölkerung ahne, dass der Preis für einen leichtfertigen Austritt sehr hoch ist. Den Brexit sehe sie demgemäß als „Warnung vor Hochmut“.